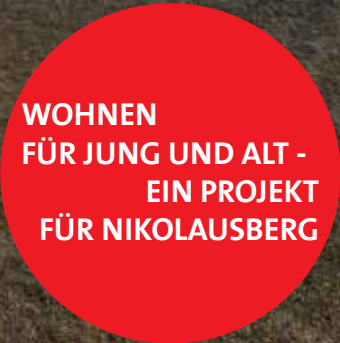


The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square.

NIKOLAUSBERGER WEITBLICK FRÜHJAHR 2021

A large red circle is positioned in the lower-left quadrant of the page, containing white text. The background of the entire page is a landscape photograph showing a town in the distance, green fields in the middle ground, and a dry, brownish field in the foreground under a blue sky with scattered clouds.

WOHNEN
FÜR JUNG UND ALT -
EIN PROJEKT
FÜR NIKOLAUSBERG

Lage des geplanten Baugrundstückes



Liebe Nikolausbergerinnen und Nikolausberger,

... der April als Monat des Wandels, des Wachsens und der Überraschungen hat mich schon als Kind fasziniert. Weil es abends später dunkel wurde, konnten wir länger draußen herumtollen. Wir bekamen schnell mit, dass sich auch die Natur wandelte: An den Büschen zeigten sich Knospen und Ansätze für Blätter, die Farben wurden bunter und intensiver. Aber der April war zuweilen auch unberechenbar. Wenn wir gerade noch in hellstem Sonnenschein auf der Straße spielten, zeigte wenig später ein kurzer heftiger Schneeschauer, dass der April eben kein Sommermonat ist.

Auch Nikolausberg wandelt sich. An der Ulrideshuser Straße hat die Familie Beckmann ihr erweitertes Hotel modernisiert und zu einem Schmuckstück für den ganzen Ortsteil gemacht. Im Kleestieg und in der Eschenbreite wurden neue Wohnungen und Häuser erstmals bezogen; Auf der Lieth und Am Brachfelde gab es Mieterwechsel. Viele Menschen haben begonnen, ihre neue Heimat zu entdecken, Nachbarn kennenzulernen und Freundschaften zu schließen.

Als Ortsbürgermeisterin heiße ich sie ganz herzlich willkommen.

Der vorliegende „Weitblick“ bietet ihnen und allen anderen Nikolausberger*innen Gelegen-

heit, ein paar Einblicke in die Arbeit zu bekommen, die wir als Mehrheitsfraktion im Ortsrat seit Beginn der Kommunalwahlperiode im November 2016 geleistet haben.

Der Weitblick soll aber auch nach vorne schauen und informieren über die Vorstellungen der Mehrheit im Ortsrat zur Gestaltung eines Wohnprojektes für Jung und Alt.

Dieses Vorhaben „Auf der Lieth“ wird Nikolausberg etwas ganz Neues bieten. Wir wollen die Ideen des gemeinschaftlichen Wohnens mit vielen Begegnungsmöglichkeiten verwirklichen, wir wollen, dass viele Nikolausberger*innen auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Wir wollen auch dazu beitragen, dass junge Familien ihre Eltern nach Nikolausberg holen können - in das Betreute Wohnen oder möglicherweise auch in eine stationäre Pflegeeinrichtung. Und wir hoffen, dass in räumlicher Nähe eine Krippe und eine weitere Kita eingerichtet werden kann.

Wichtiger Maßstab zur Beurteilung künftiger Planungen ist die Frage, ob das Projekt den Bedürfnissen der Menschen in unserem Ortsteil entspricht und ob es in das Ortsbild passt.

Karola Margraf,
Ortsbürgermeisterin



Wohnen für Jung und Alt: Ein Projekt für Nikolausberg

Mehr als zwanzig Jahre sind vergangen, seit engagierte Nikolausbergerinnen und Nikolausberger damit begannen, sich über ihre Wohnbedingungen im Alter Gedanken zu machen. Im Alter ins Heim? Nur wenn es nicht anders geht. Lieber in den eigenen vier Wänden leben, mit Nachbarinnen und Nachbarn Tür an Tür, die helfen und denen geholfen werden kann. Und - wenn nötig - soll professionelle Dienstleistung für Pflege und Haushaltsführung verfügbar sein: So entstanden Schritt für Schritt die Bausteine für ein Konzept zum „Wohnen für Jung und Alt“. Zunächst ohne Parteien und ohne Politik, motiviert aus der eigenen Lebenssituation und formuliert mit Augenmaß und Ideenreichtum. Doch bald wurden die Initiator*innen klar: Soll das Projekt Realität werden, müssen wir Ortsrat und Stadt-

verwaltung für unsere Ideen gewinnen. Und Investor*innen. Und ein passendes Grundstück muss her. Als der Flächennutzungsplan der Stadt im Jahr 2017 beschlossen wurde, stand fest: An der Straße „Auf der Lieth“ gab es ein solches Terrain, das für den gewünschten Geschosswohnungsbau geeignet und von Seiten der Stadt ausdrücklich vorgesehen war. Schließlich liegt hier eine Bushaltestelle vor der Tür, Edeka-Markt, Sportplatz, Schule und KiTa sind fußläufig in nicht mal fünf Minuten zu erreichen. Das war wichtig - denn die Lage des Wohnprojekts soll dokumentieren, dass Senior*innen nicht abgeschoben werden, sondern Teil der Bürgergesellschaft sind. Nun mussten noch Planungen für die Bebauung beginnen - kein einfaches Vorhaben, da Bauvorhaben in vielen Göttinger Stadtteilen ge-

plant werden und die Personalkapazitäten der Stadtverwaltung knapp sind. Aber: Die Ideen für das Wohnvorhaben unter dem nunmehr gemeinsam entwickelten Slogan „Wohnen mit Weitblick“ überzeugten im Neuen Rathaus - und aus dem Ortsrat gab es parteiübergreifend reichlich politischen Rückenwind. Der auf SPD-Wunsch eingerichtete und mit Fachleuten aus verschiedenen Disziplinen ergänzte Arbeitskreis „Wohnen mit Weitblick“ tat seit 2018 mit eigenen Anregungen ein Weiteres. So entstand ein rundes Bild - eine Vision für den begehrten Wohnstandort Nikolausberg.

Als die Nikolausberger Bürgerversammlung mit den Stimmen von SPD und Grünen den Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplanverfahren fasste, wusste sie um diese Historie. Der Ortsrat hatte ja selbst im Jahr 2020 dafür gesorgt, dass die Stadt Göttingen Eigentümerin der knapp 1,5 Hektar großen Fläche „Auf der Lieth“ wurde. Und er wusste, dass - mit Unterstützung der CDU-Stadtratsfraktion - in dem städtischen Haushalt 2021 Mittel zu Verfügung gestellt wurden, um für die weiteren Planungsarbeiten ein privates Büro einschalten zu können.

Mehrheitlich beauftragte der Ortsrat Nikolausberg dann am 18. März 2021 die Stadtverwaltung, die Auftragsvergabe an das Planungsbüro

zu konkretisieren: Vorbereitung des Bebauungsplans, Formulierung eines städtebaulichen Konzeptes, frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden. Nicht mehr - also keine Vorgaben zur Zahl der Geschosse oder zu den Wohnflächen. Aber eben auch nicht weniger. Denn der Ortsrat signalisierte mit seinem Votum, dass er die Bürger*innen-Wünsche zugunsten eines neuen Wohnprojekts für Jung und Alt ernst nimmt und ihm politisch hohe Priorität verschafft.

Warum CDU und FDP in der Diskussion im Ortsrat zwar zunächst wortreich die Bedeutung eines neuen seniorengerechten Wohnprojekts unterstrichen, bei der Abstimmung brüsk mit Nein votierten, bleibt auch in den Folgetagen ihr Geheimnis. Denn alle bisherigen Beschlüsse für das Wohnprojekt einschließlich des Votums für den Ankauf der Flächen durch die Stadt waren einstimmig gefasst worden. Und jetzt waren die Minderheitsfraktionen plötzlich nicht mehr dabei.

Vor der Abstimmung hatte Gunttram Edler vom zuständigen Fachbereich der Stadt wichtige Angaben zum bisherigen Planungsstand gemacht. Eckpunkte aus der Beschlussvorlage: Realisiert werden soll ein attraktives Wohnvorhaben einschließlich Betreuung und Pflege. Infrage kommen nach der Baunutzungsverordnung Einrich-

tungen für soziale und gesundheitliche Zwecke - wie Krippe, KiTa, Café, Physiotherapie, Frisör, Tagespflege, Quartierstreff oder Gemeinschaftsgarten. Das Hauptaugenmerk liegt aber nach wie vor beim Wohnen für Senior*innen.

Die Bebauung soll sich an den Gebäuden mit vier Vollgeschossen in der Nachbarschaft orientieren. Das Hochhaus soll - natürlich - ein im wahrsten Sinne des Wortes viel beachtetes Solitär bleiben. Edler machte deutlich, dass die Stadt Landschaft und Klima sowie Fauna und Flora in verschiedenen Jahreszeiten untersucht hat. So sei festgestellt worden, dass Teile der Baufläche als mäßig artenreich qualifiziert sind – Ausgleichsflächen für dieses „mesophile Grün-

land“ würden in der Hanglage im Osten Richtung Roringen ausgewiesen.

SPD und Grünen - so betonte Ortsbürgermeisterin Karola Margraf - kommt es darauf nicht an, ein möglichst großes Wohnprojekt zu realisieren. Weit entfernt. Die von der Stadtverwaltung aufgezeichneten Nutzungsvarianten seien nur Möglichkeiten, deren Realisierung nicht zuletzt von den Planungen der Investor*innen abhingen. Der Ortsrat werde eigene Vorstellungen für ein Bauprojekt entwickeln, das nach Größe und Funktionen nach Nikolausberg passt. Die Parkplatzsituation „Auf der Lieth“ dürfe nicht weiter verschärft werden. Selbstverständlich müsse der Investor dafür sorgen, dass – abhän-



Blick auf die Strasse „Auf der Lieth“



Blick nach Südosten auf Roringen und Herberhausen

gig von der tatsächlichen Nutzung – zusätzliche Parkplätze in ausreichender Zahl geschaffen werden. Die SPD sei sich mit der Stadtverwaltung darin einig, dass die seit zwei Jahrzehnten in Nikolausberg artikulierten Vorstellungen eine solide Grundlage für die Planung eines attraktiven Wohnprojektes für Jung und Alt seien. Welche Nutzungsmöglichkeiten zugelassen werden, wie groß die Geschossfläche wird und wie viele Stockwerke entstehen - das alles soll der Bebauungsplan regeln und damit die Stadt Göttingen entscheiden, natürlich in enger Abstimmung mit dem Ortsrat.

Der Bauausausschuss der Stadt wird sich mit dem Nikolausberger Wohnvorhaben am 22. April befassen. Nach der Genehmigung des städtischen Haushalts durch das Innenministerium kann die Auftragsvergabe an ein geeigne-

tes Planungsbüro im Frühsommer 2021 erfolgen. Karola Margraf: „Wir wollen auf dem gut erreichbaren Grundstück ein Wohnprojekt realisieren, das sich an den Wünschen unserer Bürger*innen und dem Bedarf orientiert. Das Projekt soll die Infrastruktur in Nikolausberg ergänzen und für Begeisterung bei den Menschen sorgen. Die SPD lädt alle Bürgerinnen und Bürger dazu ein, konstruktiv mitzumachen.“

Nun wollen SPD und Grüne Haushaltsmittel des Ortsrats für ein Mediationsverfahren einsetzen. Ziel dieses Prozesses soll es sein, im Ortsteil Konsens über die Rahmenbedingungen des künftigen Neubaus zu erzielen. Das Bebauungsplanverfahren ist auch formal verbunden mit der Erarbeitung eines städtebaulichen Konzeptes und einer Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden.

Es gibt auch Bedenken

Gegen das Bauvorhaben „Auf der Lieth“ werden – wie bei solchen Vorhaben üblich – von Anwohner*innen Bedenken geäußert. Viele Fragen sind auch aus Sicht der SPD-Abteilung Nikolausberg berechtigt. Zwar hat die Stadt errechnet, dass der Verkehr auf der Ulrideshuser Straße durch das Bauvorhaben nur um 6,8 Prozent zunehmen würde. Die Zahlen indes stammen aus dem Jahr 2016. Und sie berücksichtigen weder die zu erwartende zusätzliche Belastung der Straßen Auf der Lieth, Am Schlehdorn, Am Brachfelde und Hölleweg noch die „Elterntaxis“, die auftauchen werden, wenn eine Krippe und eine KiTa den Betrieb aufnehmen.

Grundsätzlich hinterfragen kann man auch, ob es richtig ist, für einen solchen Neubau eine Freifläche in Anspruch zu nehmen und damit der Vorgabe „Innen- vor Außenentwicklung“ unberücksichtigt zu lassen. Fragen wie diese und die Auswirkungen auf Fauna und Flora sind aber ausführlich bei der Vorbereitung des Flächennutzungsplans (Verabschiedung 2017) geprüft worden. Erkenntnis: Im Gebäudebestand lässt sich ein solches Wohnprojekt nicht realisieren. Wo auch?

Weniger Verständnis hat die SPD, wenn von einem Anwohner ein „Alternativplan für Nikolausberg“ mit sieben Standorten vorgelegt wird – fünf dieser Alternativen aber außerhalb Nikolausbergs liegen. Bauen ja – aber nicht vor unserer Haustür: Das ist ebenso wenig konstruktiv wie die zuweilen geäußerte Unterstellung, manche Ortsratspolitiker setzten sich aus Karrieregründen für das Vorhaben ein. Da kann die in öffentlicher Sitzung geäußerte Bemerkung „Geschosswohnungsbau ist nicht zeitgemäß“ schon eher als durch Stress verursachter verbaler Ausrutscher durchgehen. Für die SPD gilt: Solange es um die Sache geht und Polemik unterbleibt, sind alle Argumente diskutabel.



Blick vom Hochhaus nach Nordwesten

An der Sache orientiert für Nikolausberg

SPD und Bündnis90/Die Grünen arbeiten seit Beginn der Wahlperiode seit November 2016 als Mehrheitsgruppe im Ortsrat vertrauensvoll, konstruktiv und produktiv zusammen. Die Bürgervertretung ist geprägt durch Ortsbürgermeisterin Karola Margraf, die als Sozialdemokratin den Ortsrat in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen und Verbänden und gegenüber Rat und Verwaltung der Stadt Göttingen vertritt. Über Parteigrenzen hinweg gilt Karola Margraf als Gesicht des Ortsrats. Ihr Engagement beispielsweise für die Ansiedlung der neuen Postfiliale bei Edeka, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit, ihre Besuche bei älteren Bürgerinnen und Bürgern, die runde Geburtstage feiern, und die Effizienz ihrer Arbeit genießen höchste Anerkennung unter Bürgerinnen und Bürgern.

Bei Bewertung der kommunalpolitischen Arbeit von Bürgervertretungen ist zu beachten, dass ein Ortsrat nach der Niedersächsischen Kommunalverfassung im engeren Sinne keine Entscheidungen zu treffen hat. Das ist dem Rat der Stadt, seinem Verwaltungsausschuss sowie dem Oberbürgermeister vorbehalten. Ortsräte können aber Meinungen transportieren, die innerhalb eines Ortsteils geäußert werden, sie können Anregungen geben und Vorschläge machen und sie können

nachhaken und der Stadtverwaltung auf die Finger schauen. Sie können gestalten – ein bisschen. Und ein bisschen mehr, wenn sie kreativ und engagiert sind. Dabei sind sie sich dessen bewusst, dass die wesentlichen, für den Ortsrat prägenden Entscheidungen private Investitionen sind. Das zeigt sich beim Bau von Häusern und Wohnungen insbesondere in der Eschenbreite sowie am Kleestieg oder bei der Erweiterung des Hotels Beckmann an der Ulrideshuser Straße.

Bei manchen Entwicklungen konnte sich der Ortsrat in Vorfeld einbringen - so stimmte er dem Bebauungsplan für die Hotelerweiterung der Familie Beckmann einstimmig zu. Gefragt wurde der Ortsrat beispielsweise auch, als es im Januar 2017 um den Flächennutzungsplan der Stadt ging. Andere wichtige Themen: Das Schulstätten-Entwicklungskonzept sowie die Planungen für die Linienführung der Stadtbusse. Aus eigenen Mitteln unterstützt der Ortsrat die Vereine und Verbände des Ortsteils auch finanziell - mit insgesamt knapp 10.000 Euro jährlich.

Zwölf Initiativen der Mehrheitsgruppe im Ortsrat

Seit Beginn der Wahlperiode am 1. November 2016 hat die Gruppe SPD/Grüne bis Ende 2020 im öffentlichen Teil der Sitzungen 49 Anfragen und Anregungen in den Ortsrat eingebracht. Zu den wichtigsten Initiativen zählen:

1. Gründung des öffentlich tagenden Arbeitskreises „Wohnen mit Weitblick“: Das Gremium hat dazu beigetragen, dass über das Wohnprojekt „Auf der Lieth“ innerhalb des Ortes lebhaft und zuweilen kontrovers diskutiert wird und den Prozess durch die fachliche Expertise eingeladener Expert*innen unterstützt.
2. Ausrichtung eines extern moderierten Workshops zum Thema „Wohnen mit Weitblick“ im Mai 2018 und Formulierung einer Projektskizze, die der Ortsrat im August 2018 verabschiedet hat.
3. Gestaltung der Veranstaltungsreihe „Wissenschaft am Zapfhahn“ mit jeweils zwei Abenden im Kalenderjahr. Bis zum Beginn der Coronakrise richtete der Ortsrat von 2017 bis 2019 fünf Veranstaltungen aus, an denen im Klosterkrug und im Restaurant Kuckuck jeweils 40 bis 50 Nikolausbergerinnen und Nikolausberger zusammenkamen, interessante Vorträge hörten und im Anschluss lebhaft diskutierten.
4. Gleich drei Mal forderte die Gruppe die Stadt auf, die Radwege in der Gemarkung auszubauen. Der Radweg an der Kreuzung Otto-Hahn-Straße/ Am Faßberg wurde deutlich verbreitert und sicherer gemacht. Noch nicht erfolgt ist die Aufwertung des Radwegs an der Ulrideshuser Straße westlich des Ortseingangs. Und auch am Ortseingang selbst muss die Verkehrssicherheit für Radfahrer*innen deutlich verbessert werden.
5. Nachdem der Ortsrat im November 2017 die Sanierung des Fußwegs an der östlichen Seite der Senderstraße gefordert hatte, erfolgten die Arbeiten zwischen der Straße „Am Schlehdorn“ und dem Holunderstieg bereits gut ein Jahr später – insbesondere für Rollstuhlfahrer*innen und Spaziergänger*innen mit Kinderwagen eine Verbesserung.
6. Durch eine Absenkung des Bordsteins sollte der Zugang zum Edeka-Markt erleichtert werden: Auch auf diese Forderung von SPD und Grünen reagierte die Stadtverwaltung, in dem sie wenige Monate später die gewünschten Arbeiten erledigen ließ.
7. Da der Verein „Bildungsregion Südniedersachsen“ in Kooperation mit der Landesschulbehörde das Modellprojekt „Qualitätsentwicklung Ganztags-



Neue Mensa: Grundschule mit Ganztagsangeboten

- schule“ startete, regte der Ortsrat auf SPD-Vorschlag eine Beteiligung der Janusz-Korczak-Schule an. Aus dieser Aktion nutzt die Grundschule bereits Weiterbildungsangebote im Hinblick auf ihren Ganztagsbetrieb.
8. Die Bushaltestelle „Auf der Lieth“ nahe der Wendeschleife für Busse war schlecht beleuchtet – gerade im Winter für viele Busnutzer ein Ärgernis. Nur wenige Monate nach einer entsprechenden Forderung des Ortsrats reagierte die Stadtverwaltung und installierte neue Leuchten.
9. Auch an der Treppe zwischen Mühlspielweg und „Im Winkel“ ließ die Stadt einen neuen Lichtmast errichten, nachdem die SPD von Anwohnern auf den Mangel aufmerksam gemacht worden war und die Gruppe im Ortsrat eine entsprechende Forderung formuliert hatte.
10. Coronabedingt konnte Karola Margraf drei Einladungen für Vorträge noch nicht aussprechen, auf die sich der Ortsrat auf Vorschlag von SPD und Grünen verständigt hatte. So werden Fachleute erst nach dem Abflauen der Corona-Krise über das BioDiversum der Max-Planck-Gesellschaft berichten. Vertreter von Car-Sharing-Anbietern wollen erläutern, ob Nikolausberg für sie ein geeignetes Betätigungsfeld sein kann. Und der NSC-Vorsitzende Hartmut Seebach will erläutern, welche Umbaupläne unser Sportverein auf seinem Gelände umsetzen will.



11. Ebenfalls der Pandemie fiel eine Veranstaltung zum Opfer, die der Ortsrat zur Entwicklung der Artenvielfalt im März 2020 veranstalten wollte. Feste Absicht ist es, diese Veranstaltung nachzuholen, sobald dies unter Coronaaspekten wieder vertretbar ist.
12. In der Ortsratssitzung Ende November 2020 bat der Ortsrat die Stadtverwaltung, die Suche nach Investoren*innen für die Bebauung des Areals „Auf der Lieth“ zu intensivieren. Dies soll durch einen Investoren*innenwettbewerb, einen städtebaulichen Wettbewerb oder ein anderes geeignetes Verfahren erfolgen.

Viele dieser Initiativen haben CDU und FDP im Ortsrat mitgetragen. Bei einigen wurde jedoch ein unterschiedlicher Anspruch an die Gestaltungsfreude von Ortsratsmitgliedern deutlich. SPD und Grüne waren im November 2016 mit der Absicht angetreten, die nach der Kommunalverfassung eng gefassten Möglichkeiten einer Bürgervertretung ambitioniert zu nutzen und Profil zu zeigen. Selbstverständnis: Nikolausberg ist es wert, kreativ und umsichtig zu sein, zuhören zu können, sorgfältig abzuwägen und dann Flagge zu zeigen für 3.800 Nikolausbergerinnen und Nikolausbergern. Und im Interesse der Zukunft unseres Ortsteils.